

Unsere Internationale.

Vom 11. bis zum 14. September fand in Leipzig die fünfte internationale Konferenz der Buchbinderverbände statt. Vertreten waren auf ihr 12 Nationen mit 13 Verbänden durch 21 Delegierte, und zwar hatten Vertreter entsandt: Belgien 1, Dänemark 1, Deutschland 5, England 2, Holland 1, Jugoslawien 1, Italien 2, Norwegen 1, Schweden 1, Schweiz 1, Tschechoslowakei (Prag) 2, Tschechoslowakei (Reichenberg) 2 und Ungarn 1 Vertreter. Die österreichischen Berufsge nossen mußten von der in Aussicht gestellten Delegation infolge des ausgebrochenen Streiks im ganzen graphischen Gewerbe Abstand nehmen. Außerdem waren zur Konferenz eingeladen die Verbände in Frankreich, Spanien, Andalusien, Polen, Finnland und Lettland, von denen nur Spanien antwortete, doch es infolge schlechter finanzieller Verhältnisse nicht vertreten sein könne. Ferner nahm an der Konferenz teil der internationale Sekretär der Lithographen und Stein drucker, Genosse Voels-Brüssel. Der internationale Sekretär der Buchdrucker war infolge Krankheit verhindert.

Der Vorsitzende des Deutschen Verbandes, Hausen, eröffnete die Konferenz mit einem herzlichem Willkommengruß. Der Ruf Leipzigs als erste Bücherstadt der Welt lasse Leipzig ganz besonders geeignet erscheinen zur Abhaltung dieser Konferenz. Es werde sich im Laufe der Verhandlungen Gelegenheit geben, diese Eignung durch Besichtigung verschiedener gewerblicher Anlagen von Weltruf kennenzulernen. Unsere ausländischen Gäste werden nach Deutschland gekommen sein in der Erwartung, alles im argen zu finden. Wenn sie trotzdem in Deutschland reges Leben antreffen, dann dürfen sie sich nicht durch den äußeren Schein täuschen lassen, denn das Leben des deutschen Arbeiters sei tieftraurig. Die Verhandlungen unseres Kongresses werden zeigen, daß alles unter dem Druck der Verhältnisse leidet, hervorgerufen durch den Vertrag von Versailles. Gleichwie der Internationale Kongress in Rom sein Veto gegen diese Zustände eingelegt habe, so müsse es auch unser Berufs kongress tun. Nach einem kurzen Überblick über die Stellung des deutschen Verbandes in der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung wünscht er der Tagung vollen Erfolg.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde auf Vorschlag der italienischen Delegation ein lebhafter Protest gegen die kapitalistische Reaktion erhoben, die in verschiedener Form in allen Ländern sich gegen die Arbeiterschaft wende in der trügerischen Hoffnung, das fortschreitende Werk der moralischen und ökonomischen Erhebung des Proletariats aufzuhalten. Der Kongress drückte seine volle Einigkeit mit allen von der blinden bürgerlichen Brutalität Betroffenen aus und grüßte in tiefer Ergriffenheit alle diejenigen, die für die Erlangung der Menschenrechte gefallten sind. Die Konferenz war überzeugt davon, daß alle Arbeiterorganisationen in diesem Augenblick die Einigung sind werden, welche das einzige Machtmittel ist, sich der geschlossenen Front des reaktionären Bürgertums zu widersetzen.

Hierauf wurde der schriftlich vorliegende „Bericht des Internationalen Sekretärs“ von diesem, Hochstrasser (Schweiz), durch mündliche Erläuterungen noch ergänzt. Die heutige Konferenz ist die zweite nach dem Kriege. Die erste (Bern 1920) galt in erster Linie dem Wiederaufbau der Buchbinderinternationalen, die heutige gilt in der Haupt sache dem weiteren Ausbau. Aus allen Berichten der einzelnen Länder war zu erkennen, daß die derzeitigen schwierigen Verhältnisse fast alle Länder gleich hart treffen. Überall sind die Organisationen stark in Anspruch genommen. In valutaschwachen Ländern durch acht- und tätägige Lohnbewegungen, in valutasstarken Ländern durch große Arbeitslosigkeit und in allen durch das Anknüpfen gegen die Verschlechterungsabsichten der Unternehmer. Der Sekretär erwähnte die angeschlossenen Organisationen, ihn nach allen Seiten hin zu unterstützen und die gewiß beschriebenen Anforderungen des Sekretariats zu beantworten. Das letztere z. B. sei nie geschehen von Frankreich, das infolge der gewerkschaftlichen Zersplitterung gewerkschaftlich völlig zerfallen und darum auch keine Zeit zur Pflege internationaler Beziehungen habe. Versuche, neben Frank-

reich auch Spanien, Andalusien, Lettland, Finnland und Polen zum Anschluß zu bewegen, sind erfolglos geblieben. — Alle Anträge der letzten Konferenz sind zur Erledigung versucht worden, unter anderem eine Zusammenstellung über den Umfang der Heimarbeit überhandnehmende Krisis das ganze praktische Arbeiten vereitelt. — Dem Antrag der Skandinavier auf Einführung einer internationalen Streikunterstützung ist durch Einfügen entsprechender Bestimmungen in das internationale Statut stattgegeben worden, doch würden die valutaschwachen Länder die ihnen damit aufgebürdeten Lasten nicht tragen können und damit sei eine praktische Wirkung dieser internationalen Streikunterstützung noch nicht gegeben. Zwischen den internationalen Berufs sekretariaten der graphischen Organisationen besteht eine Vereinbarung zur gegenseitigen Unterstützung, die loyal eingehalten wird. Die Schaffung von Industrieorganisationen wird in allen Ländern eifrig gefördert. — Der Internationale Sekretär bedauert, daß durch die schlechten Klassenverhältnisse des Internationalen Sekretariats eine Reihe von notwendigen Delegationen nicht ausgeführt werden konnten, selbst die zum Internationalen Kongress in Rom nicht. Die Ursache der schlechten Klassenverhältnisse ist im ungünstigen Valutastand zu sehen, da durch diesen die hohen Sekretariatsbeiträge der größten Organisation in sehr geringen Frankenziffern sich auswirkten. Die Sekretariatskasse ist mit einem Defizit von fast 3000 Franken belastet. Die Beitragsleistung der angeschlossenen Verbände ist recht unregelmäßig, zurzeit stehen die Beiträge noch von verschiedenen Organisationen aus. Das bedinge notwendigerweise eine Einschränkung der ganzen Tätigkeit. Der Sekretär wünschte eine halbjährliche Berechnung der Beitragsleistung. Eine Sanierung des Sekretariats ist dringend notwendig.

Gegen den Bericht wurden nur wenige Einwendungen gemacht, da unter Beachtung aller Umstände vom Sekretariat das geleistet worden ist, was möglich war. Von der deutschen Delegation wurde lebhaft bedauert, daß das Sekretariat eine Reihe Delegationen nicht ausgeführt habe. Die persönliche Fühlungnahme mit den Organisationen der einzelnen Länder aber sei notwendig, um die Zusammenarbeit zu fördern. Bedauert wurde auch, daß sich die Hoffnung, auch die romanische Kollegen scharft für unsere Internationale zu interessieren durch Verlegen des Internationalen Sekretariats nach einem neutralen Lande, nicht erfüllt habe. Anscheinend sei die Ursache dafür die politische Zerrissenheit der französischen Arbeiter, die sich auch auf die französische Gewerkschaftsbewegung übertragen habe. Daraus müßten die übrigen Organisationen lernen. Beschleicht dies nicht, dann würde der hemmungslose Sieg der Unternehmer die Arbeiterschaft zu noch größerer Ohnmacht verurteilen. Mögen auch die politischen Anschauungen die verschiedensten sein, dann ist doch alles daran zu setzen, um die Einheit der Gewerkschaften unter allen Umständen aufrechtzuerhalten.

Die englische Delegation betonte, daß die einzelnen Länder zurzeit neue finanzielle Verpflichtungen nur mit Vorsicht aufnehmen könnten, da jede Organisation zurzeit stark durch Lohnkämpfe und andere Ausgaben in Anspruch genommen sei. Alle Kräfte der einzelnen Verbände seien zurzeit durch wirtschaftliche Kämpfe angepannt.

Die italienische Delegation glaubte besondere Kritik üben zu müssen. Die Internationale habe nicht nur den Zweck, alle zwei Jahre Konferenzen abzuhalten, sie solle auch so ausgebaut sein, daß sie auch tatsächliche Hilfe leisten könne. Jedes Land könne in die Lage kommen, diese Hilfe in Anspruch zu nehmen. Unsere Internationale soll eine Macht werden, mit der jeder rechnen müsse. Auch sie bedauert die Uneinigkeit der Arbeiterschaft angesichts der Tatsache, daß es nur zwei Klassen von Menschen gebe: Ausbeuter und Ausgebeutete. Die Italiener erwarten von unserer beruflichen Internationale noch sehr viel für unsere Gesamtkollegen scharft.

Die Schweizer Delegation ersucht dringend um Sanierung des Sekretariats, damit nicht der kleine Schweizer Verband dauernd erhebliche Beiträge dem Sekretariat überstellen müsse.

In seinem Schlußwort betonte der Internationale Sekretär, daß der Versuch, mit der amerikanischen Organisation Fühlung zu nehmen, bis zur Stunde ohne Erfolg geblieben sei. Auf die geübte Kritik Bezug nehmend, erklärte er, daß er nicht das Gefühl habe, daß die Internationale gut stehe. Die wirtschaftliche Lage aber sei stärker, als Menschen zu meistern vermöchten. Nach Möglichkeit sind alle Aufgaben des Internationalen Sekretariats erledigt worden, soweit der gute Wille dabei ausschlaggebend ist.

Anschließend folgt nunmehr die Erledigung des Punktes: „Behandlung wirtschaftlicher Angelegenheiten.“ Hierbei erstatten die Delegierten der einzelnen Länder einen zum Teil eingehenden Bericht über die Verhältnisse in ihrem Beruf und ihren Organisationen. Aus diesen Berichten zeigte sich, daß die Lage der Arbeiterschaft in fast allen Ländern eine gleichmäßig stark gedrückte ist und daß die vielen Versuche der Unternehmer, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft herabzudrücken, mit mehr oder weniger gutem Erfolg abgewehrt werden konnten. Es zeigte sich auch, daß nicht nur in valutaschwachen Ländern die Arbeiterschaft besonders schwierigen Verhältnissen gegenübersteht, sondern daß auch in Ländern mit starker Valuta infolge der meistens dort herrschenden Arbeitslosigkeit große Anstrengungen gemacht werden müssen, um den Berufsge nossen und Genossinnen ein einigermaßen erträgliches Leben zu gestalten. Alle Berichte gaben einen guten Einblick in die Berufs- und Organisationsverhältnisse der einzelnen Länder, nach denen sich jeder Teilnehmer der Konferenz zugleich auch ein Bild von der Leistungsfähigkeit der angeschlossenen Organisationen machen konnte.

Hierauf wurden die vorliegenden „Anträge“ behandelt. Die Holländer verlangten, in die Arbeitsverträge der einzelnen Länder eine Bestimmung aufzunehmen, nach der für alle Arbeiten für Länder mit hoher Valuta und besseren Arbeitsverhältnissen als im eigenen Lande ein höherer Arbeitslohn gezahlt werden soll. Der Mehrbetrag ist festzustellen auf Grund des Unterschiedes der Valuta im eigenen Lande und derjenigen des Landes, für welches die Arbeit bestimmt ist. — Die Vertreter der valutaschwachen Länder erkannten an, daß durch die billigen Waren ihrer Länder für die Kollegen scharft der valutasstarken Länder eine große Konkurrenz getrieben wird, die dort zu Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung die Unternehmer geradezu aufschachtelt. Die Konferenz war der Auffassung, daß allen Organisationen die dringende Aufgabe zufällt, diese Frage eingehend zu prüfen und nach Mitteln und Wegen zu suchen, um die die Arbeiterschaft hart treffenden Uebelstände zu beseitigen. Nach längerer Debatte wurde der Antrag von der holländischen Delegation zurückgezogen in der Erwartung, daß im Sinne des holländischen Verlangens zu arbeiten versucht wird.

Eine ausgebehnte Diskussion entspann sich über die Frage der „Frauenarbeit“. Dabei wurde zum Ausdruck gebracht, daß qualifizierte Berufsarbeiten nicht von Arbeiterinnen hergestellt werden dürfen, daß aber in allen Fällen, in denen dieser Grundfah nicht durchgeführt werden könne, die Arbeiterinnen den gleichen Lohn erhalten müßten wie die qualifizierten Arbeiter. Die Vertreter der ausländischen Organisationen stellten hierbei fest, daß sie anlässlich der Tags zuvor stattgefundenen Betriebsbesichtigung sich davon zu überzeugen Gelegenheit hatten, daß in Deutschland ein Teil Arbeiten von Arbeiterinnen hergestellt werden, die in ihren Ländern für Arbeiterinnen verboten seien. Besonders verwunderlich war ihnen, daß an gleichen Maschinen Männer und Frauen beschäftigt wurden. — Als positives Ergebnis der Aussprache wurde beschlossen, alle zur Frauenfrage vorliegenden Anträge dem Sekretariat zu überweisen und das Sekretariat zu beauftragen, auf die Tagesordnung der nächsten Konferenz als besonderen Punkt „Die Frauenarbeit“ zu setzen.

Zur „Regelung der Beitragsfrage“ für das internationale Sekretariat wurde eine Kommission eingesetzt, bestehend aus je einem Vertreter von England, Italien, Deutschland und der Schweiz, die gemeinsam mit dem internationalen Sekretär der Konferenz geeignete Vorschläge zu machen beauftragt wurde. Als praktisches Ergebnis dieser Kommissionsberatung unterbreitete die Kommission der Konferenz den Antrag, daß für das Jahr 1922 für je 100 vollzählende Mitglieder pro Jahr acht Beiträge in Höhe

des höchsten Stundenlohns der männlichen Mitglieder jedes Landes zu zahlen sein solle, für weibliche Mitglieder die Hälfte dieser Sätze, und daß für das Jahr 1922 außerdem acht Extrabeiträge in gleicher Höhe gezahlt werden. Die reguläre Beitragsleistung solle auch für 1923 in gleicher Weise erfolgen. Die Konferenz beschloß dementsprechend. Nach einem weiteren Vorschlag sollte die bestehende Internationale Kommission (Repräsentantschaft) das Recht haben, für 1923 eventuell bis zu zwölf Beiträgen festzusetzen. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt, nachdem sich die englische Delegation dagegen erklärt hatte.

Nunmehr folgte der Punkt „Statutenberatung“. Neben der bestehenden Internationalen Kommission hatte auch die italienische Delegation einen vollständigen Statutenentwurf vorgelegt. Die Konferenz selbst nahm jedoch den Entwurf der Internationalen Kommission als Grundlage der Verhandlungen und stimmte ihr mit einigen Abänderungen zu. In diesem Entwurf ist neben anderem auch eine Streikunterstützung auf internationaler Grundlage vorgesehen. Gegen das sofortige Inkrafttreten dieser wurde von verschiedenen Delegierten Einspruch erhoben, da der jetzige unerschließliche Geldstand eine Reihe von Organisationen in solchem Maße belasten muß, daß diese ihren Verpflichtungen nicht nachkommen können. Deshalb wurde beschlossen, daß die Bestimmungen über diese internationale Streikunterstützung erst dann in Kraft zu setzen sind, wenn eine Besserung des Geldwertes der einzelnen Länder dies gestattet. Die Inkraftsetzung soll dann durch die Internationale Kommission erfolgen.

Eine lange, zum Teil sehr heftige Debatte entspann sich über einen Antrag des Verbandes der Buchbindergehilfen in der Tschechoslowakei (Prag), der von der Internationalen Buchbinder-Föderation die Anerkennung nur einer Organisation für ein wirtschaftliches Gebiet verlangte. Dieser Antrag hat seine Ursache in der Tatsache, daß für die Tschechoslowakei zwei Organisationen (die zweite hat den Sitz in Reichenberg) bestehen. Als positives Ergebnis der Aussprache soll beiden Parteien nochmals Zeit und Gelegenheit gegeben werden, einen Weg zur Verständigung zu suchen, indem beide tschechoslowakische Organisationen den Auftrag erhielten, bis zum 31. Dezember 1923 die Verschmelzung auf Grund von bereits im September 1921 aufgestellten Bedingungen vorzunehmen. Wird die Verschmelzung nicht vollzogen, dann hat die Internationale Kommission endgültig über das Verbleiben der beiden Organisationen in der Internationalen Buchbinder-Föderation zu entscheiden.

In einer weiteren Resolution wurde ausgesprochen, daß die Interessen der graphischen Arbeiterschaft nach jeder Richtung hin gleichlaufende sind und daß darum die vollste Solidarität aller der graphischen Industrie angehörenden Berufsgruppen notwendig ist. Die Konferenz beauftragte auf Grund dieser Erkenntnis die Internationale Kommission, sofort Verhandlungen mit den Internationalen Berufssekretariaten der Buchdrucker und Steindruckere anzubahnen, um eine Verschmelzung der drei Internationalen Berufssekretariate herbeizuführen.

Nach weiterer kurzer Debatte beschloß die Konferenz einstimmig die Annahme einer Resolution, die da feststellt, daß eine Veränderung des Friedensvertrages von Versailles herbeigeführt werden muß. Da die Kapitalisten und die durch diese beeinflussten Regierungen nichts tun, um die Bedingungen des Friedensvertrages zu ändern, erklärt die internationale Konferenz der Buchbinder-Föderation, ihrerseits in allen Ländern die Arbeiterschaft aufzurufen, um den Druck auf ihre Regierungen stärker werden zu lassen, damit dadurch der Friedensvertrag geändert wird. Nur dann sei es möglich, Ruhe und Frieden den Völkern zu geben. Die Konferenz erkannte an, daß endgültig allerdings nur durch die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaftsform ein für die Arbeiterklasse erträglicher Zustand geschaffen werden kann.

Damit waren die Arbeiten der Konferenz beendet. Als Sitz der Buchbinder-Internationale wurde in namenslicher Abstimmung wiederum die Schweiz bestimmt, und der Kollege Hochstrasser-Bern zum internationalen Sekretär gewählt. In die Repräsentantschaft der Internationale, die die notwendigen Arbeiten zwischen den einzelnen internationalen Konferenzen zu erledigen hat, wurden

neben dem internationalen Sekretär 2 Vertreter der Schweiz und je 1 Vertreter von Italien, England und Deutschland (Kollege Hauzeisen), gewählt.

Der Konferenz lag zum Schluß eine Einladung vor, die nächste Konferenz in London stattfinden zu lassen. Ein endgültiger Beschluß wurde nicht gefaßt, da hierbei die Verhältnisse zur Zeit der nächsten Konferenz maßgebend sein müssen, doch soll der Wunsch der Engländer evtl. berücksichtigt werden.

In seinem kernigen Schlusswort betonte Hauzeisen, daß die jetzige Tagung gute Arbeit geleistet habe. Der Berner Konferenz des Wiederaufbaus sei die Leipziger der Ergänzung und des Ausbaues gefolgt. Unsere Internationale habe sich jetzt ein Statut gegeben, das seit zwei Jahren gefehlt habe. In diesem Statut seien Grundzüge anerkannt worden, die schon seit Jahren angestrebt wurden. Die internationale Streikunterstützung sei im Prinzip beschlossen, ihre praktische Durchführung scheitere nur noch an der Ungunst der Verhältnisse, doch würde trotzdem damit die internationale Solidarität fester zusammengeknüpft. Das internationale Sekretariat wurde materiell gestärkt und so zu besseren Arbeiten befähigt. Unsere Gäste nehmen Vindrücke mit, die von Not und Elend der Arbeiterschaft reden. Wo wir hinschauen, in der ganzen Welt hat der Krieg und seine Folgen nur Not und Elend unter die Arbeiterschaft gebracht. Dagegen müsse Front gemacht werden und diesem Zwecke diene unsere internationale Verbindung. Nie wieder Krieg muß die Lösung aller sein.

Mit einem Hoch auf die Internationale wurde die Konferenz am Abend des 4. Verhandlungstages geschlossen.

Der Ausschuß des ADBB. zur Wirtschaftslage.

Zu einer besonderen Tagung wird der Ausschuß des ADBB. am 28. September und folgende Tage zusammentreten. Neben der Stellungnahme zu den Anträgen zum neuen Gewerkschaftskongress, die dieser dem Ausschuß überwiesen hat, wird er sich noch mit den Fragen zu beschäftigen haben, die sich auf den gegenwärtigen Stand des deutschen Wirtschaftsproblems beziehen. In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Tagesordnung werden zu dieser Tagung außer den Vertretern der Gewerkschaftsverbände noch Vertreter der Agitationskommissionen des ADBB. hinzugezogen werden.

An unsere Mitglieder!

Die Kommunistische Partei plant eine neue Zerspaltungssaktion gegen die Gewerkschaften. In dieser schweren Zeit, wo die Geschlossenheit der Arbeiter das wichtigste ist, führt die KPD. den Kampf nicht gegen das Unternehmertum, sondern treibt seit Wochen durch Beschimpfen und Verdächtigen der Gewerkschaften ein frivoles Spiel mit den Lebensinteressen der Arbeiterschaft. Durch das Risikieren, das die KPD. durch ihre unverantwortliche Taktik in die Arbeiterschaft sät, wird die Kampfkraft der Organisationen gelähmt und gehemmt. Der Damm gegen die Verelendung wird so auf das Gewissenloseste unterhöhlt. Die Arbeiter haben zur Wahrung ihrer Interessen ihre politischen und wirtschaftlichen Kampfsorganisationen. Ein wider Betriebsrätekongress kann niemals den Gewerkschaften für die Führung der Lohnkämpfe Vorkurs machen. Die Lohnkämpfe beschließen die Gewerkschaftsmitglieder in ihren Versammlungen selbst. Durch die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse und des ersten Betriebsrätekongresses sind den Betriebsräten ihre Aufgaben zugewiesen und bestätigt, doch zur Führung der wirtschaftlichen Kämpfe die Gewerkschaften geschaffen sind. Diese würden pflichtvergessen handeln, mißachteten sie den Willen der gesamten deutschen Arbeiterschaft, wie er durch ihre gewählten Vertreter zum Ausdruck kam.

Die Gewerkschaften haben sich bemüht und bemühen sich weiter, die Teuerung weitzumachen durch entsprechende Lohnerhöhungen. Wenn das nicht reiflos gelungen ist, ist es nicht die Schuld der Gewerkschaften. Der ADBB. steht dauernd mit der Reichsregierung in Verhandlung, um entsprechende Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung zu erlangen. Sein Vorgehen wird gehemmt, da die KPD. ihm ständig Knüttel zwischen die Beine wirft und

den Einfluß der Gewerkschaften durch ihre Zerspaltungsvorläufe mindert. Wir warnen darum unsere Betriebsräte und Mitglieder, den Parolen der KPD. zu folgen.

Der 11. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands hat im Juni 1922 in Leipzig zu der Frage „Betriebsräte und Gewerkschaften“ Stellung genommen. Der letzte Absatz der mit großer Mehrheit angenommenen Entschließung lautet:

„Der 11. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands fordert daher alle Betriebsräte auf, mit aller Kraft als gesetzliche und gewerkschaftliche Vertrauensleute der Arbeiter für die Durchführung der Forderungen und Ziele der Gewerkschaften einzutreten.“

Hier ist unumstößlich der Zweck der Betriebsräte festgelegt. Nicht deshalb, weil die Gewerkschaften das so haben wollen, sondern vielmehr, weil Entwicklung und Ziel der Arbeiterbewegung dies so bedingen.

Die Voraussetzung hierzu sind starke Gewerkschaften und ihr Vorhandensein hat erst die Betriebsräte geschaffen, das heißt, die im Betriebsrätegesetz enthaltenen Rechte der Arbeitnehmer errungen. Diese Rechte der Arbeitnehmer sind maßgebend. Wollte sich die Arbeiterklasse nur auf die Betriebsräte stützen, dann wäre dies gleichbedeutend mit dem vollständigen Verzicht auf alle Rechte. Auch die heuchlerische Erklärung der Kommunisten, daß sie ja den Ausbau der Gewerkschaften wollen, ändert hieran nichts. Eine Gewerkschaftsbewegung, die sich von einer politischen Partei oder von politisch abhängigen Betriebsräten ihre Maßnahmen vorschreiben läßt, scheidet als Machtfaktor vollkommen aus. Alle Verbandstage, auch der unsere in Kassel, haben diesen Grundsatz auch bisher stets anerkannt.

Es soll nunmehr auf Betreiben der Kommunistischen Partei ein wilder „Reichsbetriebsrätekongress“ einberufen werden. Leider machen diesen Irrsinn nicht nur einzelne Gewerkschaftskollegen, sondern auch Körperschaften des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und auch unseres Verbandes mit. Ihnen sei gesagt, was nach den Ausführungen in der „Roten Fahne“ vom 9. September 1922 damit bezweckt wird. Es heißt da wörtlich:

„... daß der Reichsbetriebsrätekongress eine Nebenregierung schaffen müsse zur unfähigen Koalitionsregierung . . .“

und

„Die Bewegung, die jetzt in Fluß kommt, ist von der größten Bedeutung. Sie löst die Waffen von den reformistischen Führern.“

Also zu Deutsch: Politisches Räteystem und kommunistische Gewerkschaften sind die Ziele der KPD. Dazu will man die Betriebsräte mißbrauchen. Unterliegen diese den kommunistischen Einflüssen, dann verlieren sie ihren gesetzlichen Halt und die Rückendeckung durch die heute noch kampfstarken Gewerkschaften und damit würden auch die Besetzung ihrer Rechte preisgegeben.

So und nicht anders ist die Situation. Es gibt nur ein Hüben oder ein Drüben. Jedes Schwanken ist gefährlich. Kein Gewerkschafter und kein Betriebsrat darf das Treiben der Kommunisten unterstützen, wenn er nicht zum Verräter an der einen und starken deutschen Gewerkschaftsbewegung werden will.

Wir halten es für unsere Pflicht, mit allem Nachdruck darauf zu verweisen, daß unser Verbandsbeirat sich wiederholt mit dem unverantwortlichen Versuche, unsere Gewerkschaften zu zersplittern, beschäftigt hat und daß dessen Beschlüsse, sanktioniert durch unseren Verbandstag in Kassel, nach wie vor rechtswirksam sind. Durch die 3. Tagung unseres Verbandsbeirats vom 11. November 1920 wurde es unserer Verbandsleitung zur Pflicht gemacht, gegen die sich bemerkbar machenden zerlegenden Bestrebungen mit allen ihr statutarisch zur Verfügung stehenden Mitteln anzukämpfen. Vor einer Propaganda dieser Bestrebungen wurde nachdrücklich gewarnt, nachdem diese in ihrer letzten Konsequenz auf eine Zerrüttung unseres Verbandes hinauslaufen. Und ebenso klar erkannte die 4. Tagung unseres Beirates an, daß die Einheit unseres Verbandes unter allen Umständen gewahrt werden müsse. In der von ihr gefaßten Entschließung heißt es:

1. Der Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter ist aufgebaut nach dem Grundsatze vollkommener Demokratie. Er fragt keines seiner Mitglieder nach politischer und religiöser Anschauung.

2. Maßgebend für alle seine Mitglieder sind das Verbandsstatut, die Beschlüsse des Verbandsvorstandes, des Ausschusses, des Beirates, der Verbandstag, der Gewerkschafts-Kongresse und der Amsterdamer Gewerblich-internationale
 3. Wer als Mitglied des Verbandes diesen von der Mehrheit der Mitglieder gebilligten Beschlüssen entgegenhandelt, stellt sich selbst außerhalb der Organisation und begibt sich dadurch aller Rechte an dieselbe.
 4. Der Beirat bringt hiermit zum Ausdruck, daß Verbandsmitglieder sehr wohl einer kommunistischen Partei angehören können, er erklärt zugleich aber auch, daß dieselben aus dieser ihrer Parteizugehörigkeit nicht das Recht herleiten können, innerhalb der Organisation entgegen den in Ziffer 2 angeführten Beschlüssen handeln zu dürfen.
 5.
 6.
 7. Der Beirat erteilt dem Verbandsvorstand den Auftrag, gegen diejenigen Mitglieder mit allen statutarischen Mitteln vorzugehen und gegebenenfalls den Ausschluß zu vollziehen, welche gegen die in Ziffer 2 gezeichneten Grundsätze verstoßen.
 8.
 9. Der Beirat bringt mit diesen Richtlinien zum Ausdruck, daß er damit keinem Verbandsmitglied zuzumute machen will, doch soll allen Mitgliedern zum Bewußtsein gebracht werden, daß das Verbandsstatut und diese Richtlinien unbedingt einzuhalten sind, wenn die Einheit unseres Verbandes nicht gefährdet werden soll.
- Nachdem der Verbandstag in Kassel durch Billigung des Geschäftsberichts diesen Entschlüsse zustimmte, ist unsere Verbandsleitung gehalten, in ihrem Sinn zu handeln. Wir warnen darum unsere Mitglieder und Betriebsräte vor den kommunistischen Lockungen und rufen sie auf, jeden Versuch zurückzuweisen, der sich als eine Schädigung unserer Gewerkschaften ausweist. Heute heißt es mehr denn je, die Einheit der Gewerkschaften hochzuhalten.

Sonderbare Praktiken.

Gelegentlich unserer letzten Api-Lohnverhandlungen in Weimar erklärten die Vertreter des Deutschen Buchdruckervereins am Schluß der Verhandlungen, daß sie vor Abschluß der Lohnverhandlungen im Buchdruckgewerbe den Vertrag nicht unterzeichnen könnten. Nach dieser Erklärung war der Deutsche Buchdruckerverein kennend aus dem gemeinschaftlichen Lohnvertragsvertrag freiwillig ausgeschieden.

Nachdem nun die Verhandlungen im Buchdruckgewerbe zu einem Abschluß geführt hatten, wäre es, sofern die Absicht bestand, wieder mit uns einen Vertrag einzugehen, ohne Zweifel Pflicht der Unter-

händler des Buchdruckervereins gewesen, sich mit uns in Verbindung zu setzen, um den Wiedereintritt in das Api-Lohnabkommen herbeizuführen oder sich aber in anderer Weise mit uns zu verständigen.

Ueber diese ganz einfache selbstverständliche Pflicht haben sich die Herren aus dem Buchdruckerlager ohne weiteres hinweggesetzt. Sie haben das Lohnabkommen in der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ veröffentlicht und daselbe mit ihrer und unserer Unterschrift versehen und dadurch natürlich den Eindruck erweckt, als wenn ein ordnungsgemäßer Abschluß vollzogen worden wäre.

Gegen eine solche eigenmächtige, Treu und Glauben verletzende, allen Gepflogenheiten widersprechende Praxis müssen wir uns auf das Entschiedenste verwahren. Schließlich hängt ja doch wohl das Zustandekommen eines Lohnvertrages nicht nur von dem guten Willen der Unternehmervertreter, sondern auch von der Zustimmung unserer Unterhändler ab. Es zeigt aber dieser Vorgang wieder einmal recht deutlich, daß die Herren Buchdruckerelbster der Meinung sind, sie könnten handeln, wie es ihnen gefällt, ohne uns zu fragen. Die entsprechende Anwendung daraus werden wir zu ziehen wissen.

Neues Lohnabkommen in der Wellpappenindustrie.

Am 18. September haben in Berlin zwischen Vertretern der Arbeitgeber und uns Verhandlungen stattgefunden, die zu nachstehendem Ergebnis geführt haben. Zulagen und Stundenlohn betragen:

I. für die Zeit vom 17. bis 30. September 1922:

Arbeiter:	Ortsklasse			
	I	II	III	IV
im Alter von	wt.	wt.	wt.	wt.
14-16 Jahren	5,80	5,60	4,80	4,40
Neuer Stundenlohn	20,30	19,60	16,80	15,40
16-18 Jahren	8,40	8,20	7,15	6,75
Neuer Stundenlohn	29,40	28,70	24,90	23,50
18-20 Jahren	11,60	11,40	10,10	9,40
Neuer Stundenlohn	40,60	39,90	35,00	32,90
20-23 Jahren	16,00	15,80	14,00	12,80
Neuer Stundenlohn	56,00	55,30	49,00	44,80
über 23 Jahre	20,00	19,00	17,00	16,00
Neuer Stundenlohn	67,00	65,00	57,00	53,00

Arbeiterinnen:	Ortsklasse			
	I	II	III	IV
im Alter von	wt.	wt.	wt.	wt.
14-16 Jahren	4,80	4,60	4,00	3,80
Neuer Stundenlohn	16,80	16,10	14,00	13,30
16-18 Jahren	7,35	7,00	6,00	5,60
Neuer Stundenlohn	25,60	24,50	21,00	19,60
18-20 Jahren	9,00	8,60	7,60	7,00
Neuer Stundenlohn	31,50	30,10	26,60	24,50
über 20 Jahre	15,60	15,30	13,10	12,50
Neuer Stundenlohn	43,60	42,30	37,10	34,50

II. für die Zeit vom 1. bis 14. Oktober 1922:

Arbeiter:	Ortsklasse			
	I	II	III	IV
im Alter von	wt.	wt.	wt.	wt.
14-16 Jahren	2,90	2,80	2,40	2,20
Neuer Stundenlohn	23,20	22,40	19,20	17,60
16-18 Jahren	4,20	4,10	3,50	3,30
Neuer Stundenlohn	33,60	32,80	28,40	26,80
18-20 Jahren	5,80	5,70	5,00	4,70
Neuer Stundenlohn	46,40	45,60	40,00	37,80
20-23 Jahren	8,00	7,90	7,00	6,40
Neuer Stundenlohn	64,00	63,20	56,00	51,20
über 23 Jahre	8,00	8,00	8,00	8,00
Neuer Stundenlohn	75,00	73,00	65,00	61,00

Arbeiterinnen:	Ortsklasse			
	I	II	III	IV
im Alter von	wt.	wt.	wt.	wt.
14-16 Jahren	2,40	2,30	2,00	1,90
Neuer Stundenlohn	19,20	18,40	16,00	15,20
16-18 Jahren	3,80	3,50	3,00	2,80
Neuer Stundenlohn	29,20	28,00	24,00	22,40
18-20 Jahren	4,50	4,30	3,80	3,50
Neuer Stundenlohn	36,00	34,40	30,40	28,00
über 20 Jahre	5,20	5,20	5,20	5,20
Neuer Stundenlohn	46,80	47,50	42,30	39,70

Stundenzuschlag für selbständige Zuschneider 30 Pf.

Stundenzuschlag für sämtliche Arbeitnehmer nach 1jähriger Tätigkeit in der Wellpappenindustrie 10 Pf.; nach 2jähriger Tätigkeit 20 Pf.; nach 3jähriger Tätigkeit 30 Pf.

Die Spitzenlöhne der Arbeiterinnen (über 20 Jahre) betragen in allen Ortsklassen 65 Proz. der obigen Spitzenlöhne der Arbeiter.

Die Ortsklasseneinteilung bleibt unverändert. Altona zählt die gleichen Zuschläge wie Ortsklasse I. Bielefeld, Nürnberg, Ronsdorf und Luda zahlen die Löhne der Ortsklasse III zuzüglich 5 Proz.

Die zurzeit im Betriebe beschäftigten Arbeitnehmer erhalten eine Nachzahlung in Höhe von 15 Proz. des in der Zeit vom 1. bis 16. September 1922 verdienten Tariflohnes, so wie er im Tarifabschluß vom 22. August d. J. festgelegt ist. Die bereits zur Auszahlung gelangten Beträge werden hierauf verrechnet.

Im übrigen gelten die bisherigen Bestimmungen. Dauer des Vertrages bis 14. Oktober 1922.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Seit nahezu zwei Jahren hat sich die Arbeitslosigkeit in Deutschland von Monat zu Monat verringert. Die Stichtagszählung bei den wichtigeren deutschen Arbeitsnachweisen vom 5. September ergab nur noch 11 700 unterstützte Vollerwerbslose. Dieses scheinbar recht günstige Resultat darf uns aber nicht verleiten, auch die weitere Entwicklung der Arbeitsmarktverhältnisse optimistisch zu beurteilen. Nach der

Alkohol und Alkoholismus.

Von Dr. G. Wolff.

4. Alkohol und Nervenystem.

Der chronische Alkoholismus macht zahlreiche Schäden am zentralen und peripheren Nervensystem, also am Gehirn und Rückenmark selbst wie auch an den Nerven, die von hier ihren Ausgang nehmen oder hier enden. Wir werden uns nach dem, was wir eingangs über die normale Wirkung des Alkohols gehört haben, darüber nicht wundern. Wir haben ja, daß der Hauptangriffspunkt des Alkohols das Nervensystem ist, daß jeder Alkoholgenuß eine, wenn auch nur ange deutete Marose oder Lahmlegung unserer geistigen Funktionen zu erzeugen vermag. Wir haben ferner, daß große Mengen Alkohol eine vollständige Paralyse, ganz ähnlich wie die zu therapeutischen Zwecken benutzten Paralytika, Keifer und Chloroform, herbeiführen, daß der gewöhnliche Rausch mit Unbesinnlichkeit und schnarrender Atmung also nichts weiter als der Ausdruck der Alkoholmarose, der akuten Alkoholvergiftung ist. Vermöge seiner besonderen Beziehungen zu den fettähnlichen Substanzen der Nervensubstanz greift der Alkohol die Funktionen des Nervensystems am stärksten an. Darum sind die Nervenkrankheiten, die der chronische Alkoholmißbrauch verursacht, so mannigfaltig.

Zunächst wollen wir einmal sehen, wie die Störungen am Zentralapparat unseres Nervensystems beschaffen sind. Der im Volke als Trinkerwahn sinn bekannte Zustand, eine echte, mit Sinnesstörungen

(Halluzinationen) und wahnhaften Vorstellungen einhergehende Geisteskrankheit, die bald nur kurze Zeit, bald aber auch viele Monate und sogar Jahre dauert, gehört hierher, ferner das eigentliche Delirium tremens, das noch durch die große Unruhe und Aufregtheit des vollkommen unorientierten Kranken charakterisiert ist und meist nach übermäßigen Erzeßten zustande kommt, sodann der akute Rauschdämmerzustand, in dem der Kranke wie in einer andern Welt lebt, nichts von dem, was um ihn her vorgeht, unterscheidet und oft krankhafte Handlungen, ja Verbrechen verübt, deren er sich, wenn der pathologische Zustand vorüber ist, nicht erinnert. Die Dipomanie, das „Quartalsaufen“, ist eine weitere Abart der durch Alkohol verursachten Geistesstörungen, und schließlich kann es in besonderen Fällen auch zu einer richtigen auf Alkohol einwirkenden jurkühbaren Verblöbung kommen. Auch angeborener Schwachsinn oder Idiotie hat nicht selten Alkoholismus der Erzeuger zur Ursache. Wir wollen uns zunächst einmal mit dem sogenannten Trinkerwahn beschäftigen, einer Geisteskrankheit, die vorwiegend durch Sinnesstörungen, namentlich Gehörstörungsstörungen, des Kranken ausgezeichnet ist. Der Kranke ist vollkommen bei Bewußtsein, über Zeit und Ort meist orientiert, aber aufs äußerste argwöhnisch, wittert überall Feinde und glaubt sich von allen Menschen verfolgt. Besonders häufig will er Stimmen hören, die sich mit ihm beschäftigen, ihn verhöhnen und Böses gegen ihn im Schilde führen. Er leidet an einem förmlichen Verfolgungswahn, der meist erst heilt, wenn der Kranke in andere Umgebung

gebracht, vom Alkohol als dem auslösenden Mittel entwöhnt und allmählich von der Sinnlosigkeit seiner Wahnvorstellungen überzeugt wird. Besonders oft leidet der Kranke an unbegründeten Eifersuchtsvorstellungen, wirft der Frau — meist ist ja der Mann der Käufer — Untreue vor und läßt sich deshalb nicht selten zu Gewalttaten hinreißen, deren Verhütung unbedingt eine Anstaltsbehandlung des Kranken erfordert. Der echte Trinkerwahn wird vom Arzt als halluzinatorische Paranoia oder als akute Halluzinose bezeichnet, weil die Geistesstörung meist mit Sinnesstörungen (Halluzinationen) zusammenhängt. Eine wesentlich andere Art von Geistesstörung, die meist noch viel akuter zustande kommt als die vorher geschilderte, ist das berühmte Delirium tremens, Bitterdelirium auf Deutsch. Die Hauptmerkmale der Erkrankung sind in diesem Namen bereits enthalten. Die Kranken delirieren fortwährend oder mit kurzen Unterbrechungen, sind sich also nicht darüber im klaren, wo sie sich aufhalten, und irren ruhelos in dem Raum, in dem sie untergebracht sind, hin und her. Auch diese Kranken, die wegen ihrer großen Aufregtheit oft gemeingefährlich sind und deshalb streng bewacht werden müssen, werden durch Sinnesstörungen der verschiedensten Art geplagt. Besonders oft geben sie an, allerhand Tiere, wie Mäuse, Ratten, Frösche, Schwaben in Unmengen zu sehen, feindliche Schiffe haben sie noch zu hören und dergleichen unsinnige Wahrnehmungen mehr. Die Krankheit, die eine absolute Verrückung der normalen Gehirnfunktionen darstellt, endet meist schon nach

nicht weiß, wie er behoben werden soll. Es wurden
Böhrnerhöhungen von 38—50 v. H. vorgenommen.

Nach den Berichten des Vereins für geliebte
Photographiekarten blieb die Beschäftigung
die gleiche wie im Vormonat. In der Rohstoffver-
sorgung zeigte sich Besserung.

Bei der Vereinigung der Hersteller photo-
graphischer Karten hielt sich die Beschäftigung
ebenfalls auf dem Stande des Vormonats. Allerdings
ging die Kauflust bei den hohen Preisen merklich
zurück. Ueber die Rohstoffversorgung wird geklagt.
Es konnte auch noch immer auf lebhaftere Ausfuhr
zurückgeführt werden.

Bei den deutschen Papiersackfabriken ist
die Beschäftigung zufriedenstellend gewesen, da Nach-
frage nach Papiersäcken bisher genügend vorhanden
war. Sackpapier war in genügender Menge zu be-
kommen. Die Preise der Säcke wurden entsprechend
dem Papierpreise heraufgesetzt. Es bleibt abzuwarten,
welche Wirkung dies auf den weiteren Abzug aus-
üben wird.

Nach den Meldungen des Verbandes deutscher
Faltischeitfabrikanten war der Beschäftigungs-
grad nach wie vor stark. Der Auftragsbestand ist in
geringem Maße bei einzelnen Firmen zurückgegangen.
Es machte sich starker Zellulosemangel bemerkbar.
Für Chemiefarben, Farben usw. trat bedeutende Preis-
steigerung ein. Die Ausfuhr ging wesentlich zurück.

Der Zentralverband deutscher Kartonnagen-
fabrikanten berichtet, daß die Beschäftigung sich
in keiner Weise gebessert hat. Bei der Vereinigung
deutscher Fabrikanten von pharmazeutischen
Kartonnagen und Papierwaren hat sie so-
gar im Laufe des August spürbar nachgelassen.
Namentlich läßt der Eingang neuer Aufträge zu
wünscheln übrig. In der ganzen Kartonnagenindustrie
wird über unzulängliche Rohstoffversorgung geklagt.
Die Anlieferung von Pappe und Papier erfolgte
schleppend.

Bei den Wellpappenfabriken war die
Beschäftigung sehr verschieden. Sie unterlag, genau
wie die Webtäge, großen Schwankungen. Für längere
Dauer hat keine Fabrik Aufträge. Ueber die Roh-
stoffversorgung war nicht zu klagen. Die Ausfuhr
wurde etwas lebhafter.

Der Verein deutscher Geschäftsbücher-
fabrikanten stellt wesentliche Verschlechterung der
Beschäftigung fest. Die Rohstoffversorgung ging schleppend
vor sich, die Bestellungen aus dem Auslande
haben in letzter Zeit sehr stark nachgelassen. Kapital-
mangel führte vielfach zur Betriebs Einschränkung.

Bei den Buchbindereien war die Beschäftigung
gut. Die Rohstoffbelieferung war schwierig, die
Pappen wurden nur unter Gegenlieferung von
Spänen abgegeben. Die Verkaufspreise wurden um
50 v. H. erhöht.

In der Tapetenindustrie war die Beschäftigung
uneinheitlich. Wo hauptsächlich für den Inlands-
bedarf gearbeitet wurde, ließ sie nach, während sie sich
bei den exportierenden Firmen infolge vermehrter
Auslandsaufträge etwas besserte. Die Rohstoffbeliefe-
rung war befriedigend, allerdings wird über die hohen
Preise aller Rohstoffe geklagt. Die Verkaufspreise
wurden um 33 1/2 v. H. erhöht.

Im deutschen Buchhandel hat der Auftrags-
gang gegenüber dem des Vormonats nachgelassen.
Im letzten Drittel setzte besonders starke Nachfrage
ein, hervorgerufen durch die Gerüchte über erhebliche

Preissteigerungen. Diese gesteigerte Kauflust erstreckte
sich aber nur auf sofort greifbare Lagerbestände, wäh-
rend Bestellungen auf Anfertigung zurückgehalten
wurden. In den letzten Tagen des Monats ließ auch
die Nachfrage nach Lagerorten nach. Es war mit
den liefernden Papierfabriken ein Abkommen zur
Lieferung bestimmter Monatsmengen getroffen wor-
den, das auch eingehalten wurde. Ueber diese Menge
hinaus ist eine Beschaffung schwierig. Die be-
deutenden Preissteigerungen haben zur Erhöhung der
Lagerpreise geführt, um dadurch wenigstens teilweise
die Mittel zum Neueinkauf zu finden. Es wird nur
fürs Inland geliefert.

Im Buchdruckgewerbe blieben die Verhält-
nisse die gleichen wie im Vormonat jedoch führen die
erhöhten Druck- und Papierpreise zu steigender Ein-
schränkung der Aufträge.

Beim Zeitungsgewerbe hat sich die Ge-
schäftslage bedeutend verschlechtert. Die Auflagen der
Zeitschriften gingen zurück, Anzeigenaufträge liefen
flüchtiger ein.

Aus dem Lichtdruckgewerbe wird Verschlech-
terung der Geschäftslage gemeldet, da der Markt insolge
der zu hohen Preise nicht mehr aufnahmefähig ist
und da die Ausfuhr zurückgeht.

Auch im Steindruckgewerbe hat sich die Be-
schäftigung verschlechtert. Die Auftragsbestände gehen
nach und nach zurück. Das Ausland sendet wenig
Aufträge, insbesondere hat das Messgeschäft wenig
neue Aufträge gebracht.

Der Bund der chemographischen Anstalten
und Kupferdruckereien Deutschlands E. B. berichtet
über Verschlechterung der Beschäftigung. Trotz Ver-
schlechterung der Markt ging auch hier die Ausfuhr er-
heblich zurück.

Bei den deutschen Spielkartfabriken war
die Beschäftigung weiter gut für ältere Aufträge. Neue
Aufträge liegen hingegen nach. Für die nächste Zu-
kunft sieht in dem Fach jeder klare Bild.

Diesen zum größten Teil recht pessimistisch ge-
haltenen Auslassungen gegenüber zeigt der Arbeits-
markt im August, gesehen auf Grund unserer
Arbeitslosenstatistik, im Allgemeinen noch
dieselbe günstige Lage wie im Vormonat, nur bei den
weiblichen Mitgliedern war eine etwas stärkere Ar-
beitslosigkeit zu verzeichnen. Während wir im Juli
197 = 0,8 Proz. männliche und 433 = 0,6 Proz.
weibliche Arbeitslose hatten, wurden im August
206 = 0,8 Proz. männliche und 587 = 0,8 Proz.
weibliche Arbeitslose gezählt, so daß die Gesamtzahl
der Arbeitslosen von 630 oder 0,7 Proz. auf 795 =
0,8 Proz. gestiegen war.

Bei den verkürzr Arbeitenden ist die Zahl der
Männlichen etwas größer geworden, dagegen ist sie
bei den weiblichen etwas gefallen. Während wir im
Juli in 11 Orten und 12 Betrieben nur 29 männliche
und 198 weibliche Kurzarbeiter hatten, wurden im
August in 9 Orten und 16 Betrieben 83 männliche
und 168 weibliche Kurzarbeiter gezählt, so daß ihre
Gesamtzahl von 227 im Juli auf 251 im August, also
nur ganz unwesentlich, gestiegen war. Ingesamt
waren also im Juli 857 und August 1046 Arbeitslose
und Kurzarbeiter vorhanden, so daß die Gesamtzahl
des Arbeitsmarktes noch immer als eine sehr günstige
bezeichnet werden kann.

Die Mitgliederzahl ist fast die gleiche wie im Juni
mit seinem höchsten Stand, sie betrug am Stichtag
96 404, darunter 70 456 = 73 Proz. weiblich.

Ueber die besten folgende 9 Zahlstellen bei der
Berichterstattung, bzw. hatten die Karte so spät ein-
geandt, daß die Angaben nicht mehr berücksichtigt
werden konnten: Neudamm, Wismar, Tor-
gau, Ohligs, Hanau, Halle, Hirschberg,
Ruhla und Freiburg. Hoffentlich genügt dieser
Hinweis, damit die genannten Zahlstellen in Zukunft
mehr ihrer Pflicht eingedenk sind.

Das Buch auf der Leipziger Messe.

In einem Aufsatz über „Bücher, Buntpapiere und
Bilder auf der Leipziger Messe“ schreibt Ernst
Collin in der Zeitung „Die Leipziger Muster-
messe“ das Folgende:

„Ich kann mir vorstellen, daß mancher Besucher
der Leipziger Messe die ganze Woche lang am
liebsten im Bugrameßhaus verweilen möchte, denn
die Anregungen, die hier seinem Geist geboten wor-
den, waren so zahlreich, daß er sich nur schwer aus
diesen Räumen lösen konnte. Da sind die
Bücher, die während des letzten halben Jahres der
lebenskräftigen Welt dargeboten worden sind, da sind
die Ausstellungen graphischer Kunstausstellungen, die
zu betrachten dem Besuch einer Kunstausstellung
gleichkommt. Und wenn der Besucher des Bugra-
meßhauses Fachmann ist, dann wird ihm in den
Reihen der Papierfabrikanten und -händler, der Schrift-
gießereien und der Buchbindereien, und nicht zuletzt
bei den Ausstellern der Buntpapiere alles das ge-
boten, was zur Herstellung der mannigfachen buch-

gewerblichen Erzeugnisse dient. Aber auch der Laie
hat angeregt das Bugrameßhaus verlassen, denn der
Bild, den er hier hinter die Kulissen des Buch-
gewerbes tat, klärte ihn darüber auf, wieweil Auf-
wand von technischer und künstlerischer
Arbeit der geistigen Schöpfung die würdige Form
und Hülle verleihen hilft.

Nur ein Vermutungsstropfen fiel hier wie überall
in die Betrachtung des ausgefallenen Interessanten
und Schönen. Dieser Vermutungsstropfen hieß: die
Preise. Die in den letzten Wochen erfolgte Entwer-
tung der Markt hat die Preise der buchgewerblichen
Rohmaterialien in einer Weise in die Höhe schnellen
lassen, daß die Herstellung eines Buches heute ein
Büchlein von dem kostet, was noch vor, lagen wir,
acht Tagen dafür auszuwenden war. Wenn Bücher
heute wesentlich teurer sind als noch vor einigen Mo-
naten, so liegt das daran, daß das deutsche Buch-
gewerbe allgemein in all den Jahren der Preissteige-
rungen eine maßvolle, man darf ruhig sagen, ängst-
liche Preispolitik getrieben hat. Jetzt ist aber die
Teuerung der Rohstoffe und alles dessen, was zur
Herstellung des Buches gehört, so ungeheuer, daß
eine Nichtanpassung der Bücherpreise an die Teue-
rung wirtschaftlicher Selbstmord wäre. Dabei kann
man nicht sagen, daß Bücher zu teuer sind, wenn
man die unvergänglichen Werte bedenkt, die man mit
einem guten Buch erhält. Die führenden deutschen
Verlagsanstalten sind, wie üblich, auch auf die Herbst-
Bugramesse gekommen; eine seltliche Betrachtung
ihrer Reizen und Stände zeigte, welchen großen Auf-
schwung die deutsche Bücherproduktion rein zahlen-
mäßig genommen hat.

Auch in ästhetischer Hinsicht fiel das Streben nach
Bereicherung des Buches auf. Ueberaus zahlreich waren
die Bücher, bei denen alles, vom Papier bis zum
Einband, eine sorgfältig durchdachte Einheit bildete.
Für den Einband überwogen die mit bildlichen Dar-
stellungen geschmückten Deckel nicht mehr so wie
früher. Buntpapiere gaben, geschickt zusammen-
gestellt mit Leder oder Keinen, eine lebendige, sich
immer dem Charakter der geistigen Schöpfung an-
schmiegende Hülle ab. Die Herrschaft der Bunt-
papiere war auch diesmal wieder sehr groß; in tech-
nischer und künstlerischer Beziehung war viel Neues
zu sehen, und das lebhafteste Farbengefühl, das als
ein modischer Zug durch unsere Zeit geht, hatte sich auch
auf die neueren Buntpapiere übertragen. Ergänzungen
zu den Ausstellungen der Verleger bildeten die
Reisen der Leipziger Großbuchbindereien, bei deren
Ausgestaltung allein ein Betrieff vornehmsten Ge-
schmacks zu spüren war. Hier sich aufzuhalten, war
innerlichster Genuss und Augenweide. Den in edelste
Leder gleich köstlichen Gewändern gekleideten Büchern
hat ein Handwerker, der zugleich Künstler ist, mit
Goldstempeln und bunten Ledern sinnigen Schmuck
verliehen. Auch bei den Wasserfarbenbänden, die von
den Großbuchbindereien ausgeführt wurden, merkte
man das Bestreben, Bucheinbände zu schaffen, die
sich über den Charakter einer Massenware hinaus
erheben.

Auf die Ausstellungen der Kunsthandlungen ist
schon hingewiesen. Neben gerahmten und unge-
rahmten Bildern in technisch vollendetem Buchdruck
wurden Radierungen und Lithographien gezeigt, die
von der Hand der bekanntesten deutschen Künstler
stammten. Was sonst noch im Bugrameßhaus zu
sehen war, gehört zum Teil in die Reklamemesse, die
das dritte und vierte Stockwerk dieses Hauses ein-
nahm, in der aber auch noch Aussteller des Buch-
gewerbes und der Graphik untergebracht waren.
Man kann sagen, daß die Reklamemesse im allge-
meinen einen günstigen Eindruck machte. Führende
Firmen des Reklamefaches hatten ihre Packungen und
Plakate in schönen Reizen ausgestellt. Es war er-
staunlich, zu sehen, welcher Aufwand heute in
Packungen, besonders für die Zigaretten- und Kon-
fitürenindustrie, getrieben wird. Die Preise für solche
Packungen sind heute viel, viel teurer, als sie sich
früher mit ihrem gesamten Inhalt stellten.

Der Geschäftsgang auf der Bugramesse konnte
bereits nach den Erfahrungen der ersten Restage
mindestens als befriedigend bezeichnet werden. Be-
sonders lebhaft war die Nachfrage nach Buntpapieren;
man versteht dies ohne weiteres, wenn man die
kolossale Preissteigerung für Leder und Keinstoffe
bedenkt. Ein Meter Buchbinderleinen, das auf der
vorigen Messe keine 50 Mt. gekostet hatte, wird jetzt
mit 850 Mt. verkauft. Sehr lebhaft war auch die
Nachfrage nach Büchern und besonders nach kostbar
ausgestatteten. Man sieht, die Bugramesse, die fast
wider den Willen der Verleger ins Leben gerufen
war, ist heute bereits aus der Leipziger Mustermesse
nicht mehr hinwegzudenken. Die Sortimenterver-
schaft, die früher niemals an den Besuch der Messe
gedacht hatte, findet sich heute zahlreich zur Messe ein.
Auch unter den Verkaufsstellen selbst entwickelt sich
ein lebhaftes Geschäft; denn die ausstellenden Ver-
leger bemühen die Gelegenheit, Papiere und Ein-
bandmaterialien zu kaufen oder sich bemustern zu lassen.

Funktionen unserer nervösen Organe als recht ver-
derblich bezeichnen. Wir haben bisher nur von
solchen Störungen gesprochen, die mit Sicherheit auf
Alkoholvergiftung zurückzuführen sind, und haben die
große Rolle anderer Gehirnkrankheiten ganz außer
acht gelassen, die von vielen auch noch dem Alko-
holismus zur Last gelegt werden. So scheinen die
statistischen Aufzeichnungen dafür zu sprechen, daß
Epilepsie und Idiotie in sehr vielen Fällen durch eine
Alkoholbelastung der Erzeuger entstehen, daß also
auch die Kinder der chronischen Alkoholiker ihr Erbe
von der Trunksucht der Eltern mit auf den Lebens-
weg bekommen. Nicht die Trunksucht als solche wird
vererbt, sondern eine geistige oder körperliche Minder-
wertigkeit, die dadurch ihre experimentelle Begrün-
dung findet, daß in den Keimdrüsen (Hoden) von
Säufern oder von alkoholvergifteten Tieren eine nicht
unerhebliche Menge Alkohol nachgewiesen werden
konnte. Forel, der Schweizer Psychiater, und andere
Forscher, die sich mit den Wirkungen des chronischen
Alkoholismus auf den menschlichen Körper beschäftigt
haben, erklären die oft beobachtete Minderwertigkeit
der aus Säueren entstehenden Kinder damit, daß
der Alkohol die Samenzellen der Keimdrüsen schäd-
lich beeinflusst und deshalb die normale Entwicklung
der Kinder, die aus den schon im Keime geschädigten
Samenzellen einmal später entstehen, hemmt. Auch
die schon im Volksbewußtsein vererbte Ansicht,
daß Kinder, die im Alkoholrausch gezeugt wurden,
minderwertig sind, scheint durch mancherlei statistische
Erhebungen bestätigt zu sein.

Wie es in kleinen Provinzstädten aussieht.

Wiederholt ist in den Verhandlungen des Tarifausschusses sowie in Versammlungen und nicht zuletzt in der „Buchbinder-Zeitung“ ausgeführt worden, daß die Preisunterschiede zwischen den Großstädten und den kleinen Provinzorten immer mehr ausgeglichen werden und daß es in den kleinen Städten für die Buchbindergehilfen keineswegs billiger und angenehmer zu leben ist als in Großstädten. Diese wachsende Erkenntnis hat unserem Tarifausschuß Veranlassung gegeben, bei den Lohnverhandlungen ständig auf eine Herabsetzung der Spannung in den Löhnen und Zulagen hinzuwirken und die Unterschiede zwischen den Ortsklassen I bis VI zu mildern. Freilich ohne bisher auf Arbeitseingehalt in dieser Frage entgegenkommen zu finden. Speziell ledige Gehilfen, welche genötigt sind, in kleinen Städten „Kunst“ anzunehmen, geraten leicht in „des Teufels Küche“. Wiederholt sind uns Klagen über die Verhältnisse zugegangen, daß die Tariflöhne nicht in Einklang zu bringen sind mit dem, was für „Kost und Logis“ gezahlt werden muß.

Vor uns liegt wieder ein solches Schreiben mit der Ueberschrift „Kleinstadtsverhältnisse im Gau Rheinsland-Westfalen“. Darin heißt es: „Als ich Ende November v. J. hierher kam, war ich nach dem Buchdruckeramt eingeteilt. Wir haben hier Lohnklasse IV (Buchbindertarif). Vorherrschend ist die Metall- und Textilbranche. Damals stand der Buchdruckerlohn mit dem der Textilbranche ungefähr gleich. Nach und nach blieb er weit zurück. Die Ortsanfalligen mit eigenem Anwesen oder ein paar Ziegen können es aushalten, holen sich Holz aus dem Walde, pachten sich eine Landparzelle oder müssen sich im eigenen Haushalt nach ihrer Decke strecken. Anders bei den Ledigen. Ich war jetzt im dritten Fall auf Logis bei alten Jungfern angewiesen. Zuerst wohnte ich bei dreien vom Blauen Kreuz, wo im Schlafzimmer kein Koffer stehen und der Kleiderschrank nicht verschlossen werden durfte. Von 140 M. wöchentlich für Kost und Logis stieg der Preis auf 65 M. täglich. Dann kam der Sommer und im zweiten Logis war das dritte Wort „Sommerfrischler kommen — umräumen“. Man süßte sich unsicher und ungemütlich. Mit dem Abendessen mußte man meistens bis 9 Uhr warten, so daß man verärgert in die Kneipe ging. Dabei suchte man für den gemeinsamen Tisch Bülge mit, von denen man allerdings wenig zu kosten bekam. Ausgegogen! Im dritten Logis verlangte man 100 M. täglich. Ich zahlte es gerne mit dem Gedanken, es wird nicht ewig dauern. Schon in der zweiten Woche lag ein Zettel auf dem Tisch: „Wegen der anhaltenden Preissteigerung müssen Sie jetzt 200 M. täglich zahlen oder sich ein anderes Logis suchen.“ Ich erhielt nun wöchentlich 1350 M. Lohn und sollte davon 1400 M. Restgeld zahlen.“

Der betreffende Kollege hat notgedrungen seine Stelle kündigen müssen, um anderwärts sein Heil zu versuchen. Dieses „Kleinstadtsbild“ spiegelte sich in Berg-Neustadt im Oberbergischen ab. In diesem Gebiet hat sich immer mehr und mehr die Textil- und Metallindustrie eingebürgert. Dadurch wird natürlich das Leben für unsere Kollegenchaft immer schwerer, da deren Tariflöhne mit denen der Metall- und Textilarbeiter nicht Schritt halten und ihre Kaufkraft somit dauernd zurückbleibt. Dazu kommt, daß diese Gegend im Sommer von Sommerfrischlern bevölkert wird, was ebenfalls zu einer Steigerung der Lebensmittelpreise beiträgt.

Es ist schwer, ja unmöglich, diese kleinen Städte wie Gummerbach, Rinderath, Engelskirchen, Bergisch-Glabach, Berg-Neustadt usw. entsprechend ihren Teuerungsverhältnissen in höhere Ortsklassen einzureihen, daher muß es das Bestreben des Tarifausschusses bleiben, die Spannung zwischen den Ortsklassen zu verringern und die niederen Ortsklassen durch Erreichen höherer Lohnzulagen zu heben.

B. G. E.

Berichte.

Hamburg. In der überaus stark besuchten Mitgliederversammlung am 21. September erstattete Käster Bericht über die gepflogenen Reichsarbeitsverhandlungen für die Buchbindereien, Buchdruckereien, Papierwaren-, Etuis- und Kartonagenindustrie. Sodann teilte er mit, daß an die Arbeitgeber das Ersuchen gestellt worden ist, die am 1. Oktober fällige Zulage bereits vom 17. September ab zur Auszahlung zu bringen. Die Buchdruckerbesitzer haben erklärt, hierüber in einer Arbeitgeberversammlung beschließen zu wollen. In der nun folgenden Aussprache, die manchmal einen sehr stürmischen Charakter annahm, kam allgemein zum Ausdruck, daß die getroffene Lohnvereinbarung nicht im entferntesten befriedigte und wurde von sämtlichen Rednern verlangt, die frühere Zahlung der Zulagen durchzusetzen.

Beschlossen wurde, daß die Vertrauenspersonen mit ihren Arbeitgebern zunächst Rücksprache nehmen sollen. Kollege Riemann referierte sodann über die stattgefundene Beiratsitzung, woselbst die Beiträge und Unterstufungen neu geregelt worden sind. Es wurde beschlossen, für Hamburg vier Beitragsklassen anzuwenden, und zwar die 2., 4., 5. und 7. Sodann wurde beschlossen, die totalen Zuschläge für die 2. Klasse auf 8 M. und für die 4., 5. und 7. Klasse auf 10 M. pro Woche festzulegen. Nachdem das Ableben des verstorbenen Mitgliedes Luise Behnte und des Arbeitersekretärs Gildenberg in ehrender Weise gedacht war, fand Schluß der gut besuchten Versammlung statt.

Celzig. Die am 19. September stattgefundene Generalversammlung hatte eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Den Geschäftsbericht gab Kollege Helge. Kurz die Situation und die Lage im Beruf allgemein schildernd, hob Redner hervor, daß durch den Word an Rathenau die Valutakurse eminent gestiegen seien und dadurch die Teuerung der Lebensmittelpreise bemerkt haben. Arbeitslosigkeit sei im letzten Quartal faum vorhanden gewesen. Die Tätigkeit der Verwaltung hat die Kräfte aller Beteiligten stark in Anspruch genommen. Zum Schluß gibt Kollege Helge den Standpunkt der Ortsverwaltung über den am 25. Juli 1922 angenommenen Antrag der Kollegen Böhm-König bekannt. Die Ortsverwaltung hat es mit Wehrheit abgelehnt, den Ausschluß der betreffenden Kollegen erneut zu stellen, sie steht vielmehr auf dem Standpunkt, den Antrag vorläufig als erledigt zu betrachten und gegebenenfalls zum nächsten Verbandstag dazu Stellung zu nehmen. Darauf gab Kollege Walter den Kassenbericht. Daraus ist zu ersehen, daß die Lokalkasse wohl mit einem Ueberschuß abgeschlossen hat, daß ihr aber in Anbetracht der Verhältnisse neue Mittel zugeführt werden müssen. Den Beiratsbericht gab Kollege Müller. Die Stellungnahme für die letzte große Kampfhandlung habe bei den übrigen Kollegen aus dem Reiche nicht den Eindruck hinterlassen, wie er von den Zeitziger Delegierten erwartet wurde. So vor allem der Antrag auf Ausschluß der genannten Tarifausschußmitglieder. Ueber die Erhöhung der Beiträge und Unterstufungen geht Redner auf die Vorträge und Berichterstattung des Kollegen Vender ein, aus dem ohne weiteres hervorgeht, daß die Kasse große Mittel bedarf, um den Anforderungen der Kollegen zu entsprechen. Beim Verlesen der einzelnen Beitragsklassen entstand allerdings Unruhe, die aber letzten Endes vorauszusehen war, weil mit so großem Sprung wohl nicht gerechnet wurde. Müller bittet aber die Anwesenden, die neu beschlossenen Beiträge zur Durchführung zu bringen und dem Verband Mittel zuzuführen zum Troste des Unternehmerrums. Die Distriktsredner befaßten sich leider nicht so mit der Erhöhung der Beiträge, als es notwendig gewesen wäre. Die Kollegen Böhm und Bieghold vertraten nochmals den obengenannten Antrag. Kollege Jinke tritt für die Beschlüsse des Beirats ein. Desgleichen sprechen in diesem Sinne noch die Kollegen Höber, Bieghold und Schabader. Nach dem Beiratsbericht bringt Kollege Walter die Vorträge über Erhöhung der Lokalbeiträge zum Vortrag. Dazu stellt Kollege Höber den Antrag, die Generalversammlung solle diesmal gleich über die neuen Lokalbeiträge beschließen. Dieser Antrag fand gegen wenige Stimmen Annahme. Kollege Walter schlägt vor, nicht von den sieben Beitragsklassen, wie sie jetzt bestehen, Gebrauch zu machen, sondern wie bisher nur eine für Kolonnen und eine für die Kollegen zu führen. Diesem wurde zugestimmt. Kollege Pech stellt den Antrag, bei erneuter Ueberweisung der Lokalkasse an den Zentralvorstand solle nicht allein die Ortsverwaltung, sondern auch die Vertrauensleute und Betriebsräte mitbestimmend wirken. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme. Zum letzten Punkt gibt Kollege Helge noch Bericht über die stattgefundene Lohnverhandlungen. Infolge der vorgerückten Zeit geht er nur kurz darauf ein und bringt den Wunsch zum Ausdruck, daß der Tarifausschuß immer so fest bleibe, wie dies jetzt geschehen sei.

Miesbaden. Unsere letzte Vertrauensmänner- sichtigung, die sich hauptsächlich mit Organisations- und Tariffragen beschäftigte, wählte zunächst als provisorischen Vorstehenden den Kollegen Otto Gohmann, da der bisherige Vorstehende sein Amt krankheits halber niederlegen mußte. Weiterhin wurden die Entschädigungen für die Funktionäre neu geregelt und auf die Beitragserhöhung hingewiesen. Abschluß wurde das neue Lohnabkommen besprochen, das von allen Rednern als ungenügend bezeichnet wurde. Die versammelten Vertrauensleute nahmen mit Entrüstung Kenntnis von dem Weimarer Lohnabkommen. Die Zulagen, die in gar keinem Verhältnis zu der jetzigen außerordentlichen Teuerung stehe, lasse so recht erkennen, wie wenig Verständnis unsere Arbeitgeber für die Notlage der Buchbinderarbeiterschaft hat. Besonders verurteilten sie aufs schärfste die Teilung der Zulage in zwei Raten, die noch dazu in ihrer

Endsumme so gering ist, daß in anderen Gewerben schon seit Wochen bedeutend höhere Löhne gezahlt werden, wie sie die Buchbinderarbeiterschaft vom 1. Oktober ab erhalten soll. Auch fordern wir, daß bei den zukünftigen Verhandlungen die besondere Not des besetzten Gebietes mehr berücksichtigt wird. Den Verbandsvorstand und Tarifausschuß — dem wir auch fernerhin unser Vertrauen aussprechen — fordern wir auf, bei den Api-Verbänden unverzüglich dahin zu wirken, daß die zweite Rate sofort gezahlt und spätestens zum 1. Oktober d. J. über ein neues Lohnabkommen verhandelt wird.

Zwickau. Die am 22. September stattgefundene Verammlung der Zwickauer nahm mit Enttäuschung das neue Lohnabkommen zur Kenntnis. In der Aussprache wurde die fortgesetzt zurückbleibende Entlohnung im gesamten graphischen Gewerbe und das unsoziale Verhalten der graphischen Unternehmer stark kritisiert. Bei den letzten Lohnabkommen ist allgemein gefordert worden Gleichstellung mit den Buchdruckern. Und schon ist wieder ein großer Unterschied zu verzeichnen. Wir fordern erneut Gleichstellung sämtlicher im graphischen Gewerbe Arbeitenden und Angleichung in der Entlohnung mit den anderen Berufen, welche bedeutend höher im Lohn stehen. Wollen oder können die graphischen Unternehmer nicht verstehen, daß wir genau wie sie und jeder andere Beruf das für unseren gesamten Lebensunterhalt Notwendige nach den bestehenden Lagespreisen bezahlen müssen? Die bisher festgesetzten Löhne mögen vielleicht ungefähr ausreichend sein für läbliche Bezirke mit vornehmlich billigeren Lebensmöglichkeiten, aber für einen Industrieort wie Zwickau sind dieselben völlig unzureichend. Soll die graphische Arbeiterschaft etwas leisten, dann muß auch der Lohn gezahlt werden, welcher zum Leben notwendig ist.

Warum stehen wir anderen Berufen in Lohnabmachungen stets um einige Wochen zurück? Wir fordern: 1. Ausreichende Löhne, um als Menschen einermäßen würdig leben zu können. 2. Höchstens alle 14 Tage muß ein den Zeitverhältnissen entsprechendes Lohnabkommen abgeschlossen werden. Sind die Preissteigerungen innerhalb dieser Periode zu groß gewesen, so ist die Lohnregelung rückwirkend abzuschließen. 3. Wird verlangt, daß sofort mit den Unternehmerorganisationen in Verbindung getreten wird und neue Lohnverhandlungen begonnen werden, um den fehlenden Ausgleich zu schaffen, im Vergleich zu anderen Berufen. 4. Die Oktoberzulage ist schon ab 23. September zu zahlen. Gest die ungerichte Entlohnung so weiter, zeigen die Unternehmer weiter so wenig Verständnis für die Räte der graphischen Arbeiterschaft, dann haben sie sich die eventuell eintretende Folgen selbst zuzuschreiben. Zudem fordert die Zwickauer noch, daß zu der Oktoberzulage ein einmaliger Teuerungszuschlag in der Höhe eines vollen Wochenlohnes gezahlt wird.

Kundschau.

Der Bestand der Konsumgenossenschaften, eine Frage der Arbeiterschaft. Jeder erfahrene Genossenschaftler weiß es, daß die Konsumgenossenschaften als gemeinnützige Unternehmungen der minderbemittelten Verbraucher seit langem den Privathandel in der wirtschaftlichen Preisbildung behindert haben. Die Konsumgenossenschaften haben seit den Jahren ihres beispiellos großartigen Aufschwunges preisbildend nach unten gewirkt. Sie haben sich im einzelnen und mit ihrer Zentralorganisation der Eigenproduktion auf manchen Gebieten zugewandt und damit der unbeschränkten Herrschaft des Privatkapitals einen Damm entgegengeleitet. So sind die gemeinwirtschaftlichen Konsumgenossenschaften bereits zu einem wirtschaftlichen Machtfaktor herangewachsen, der in immer stärkerem Maße, aber vergeblich von seinen kapitalistischen Gegnern beneidet und bekämpft worden ist.

Nun aber türmen Geldnot und Teuerung die Gefahr, die auch den genossenschaftlichen Unternehmungen droht. Die bisher zum Einkauf der Warenbestände und zur Wirtschaftsführung von den Konsumvereinen verwendeten Betriebsmittel sind bei der ungeheuerlichen Entwertung des deutschen Geldes, bei dem hohen Stande der ausländischen Zahlungsmittel völlig ungenügend geworden. Schon haben die Konsumgenossenschaften zum Teil bei teuersten Waren- und Rohstoffeinkauf und nicht entsprechend hohen Abgabepreisen an ihre Mitglieder von ihrem festen Bestände, von ihrer Substanz zuziehen müssen. Das aber kann und darf im Interesse der Erhaltung dieses Stückes praktischer Gemeinwirtschaft, sozialistischer Bedarfsversorgung nicht so weiter gehen. Die genossenschaftlich organisierten Verbraucher müssen ihr Wert zum allgemeinen Wohle retten.

Was folgt aus dem etwaigen Untergange der Konsumgenossenschaftsbewegung? Die Verbraucher

würden vollends der Ausbeutung des dollorkräftigen Privathandels überantwortet werden, beutebungrige Kapitalbesitzer, verdienstgierige Schiebereistungen würden ganz und gar das Feld der Bedarfsversorgung beherrschen. Wehe den Konsumenten selbst in einer etwa kommenden allgemeinwirtschaftlich besseren Zeit, wenn dann dem Ausbeutertum auf dem Warenmarkt ohne die Hemmungen und Widerstände durch die konsumgenossenschaftlichen Organisationen das freventliche Spiel reiner Willkür erlaubt wäre. Hundertfach schwieriger müssten sich die sozialen Kämpfe gestalten, die auch die Gewerkschaften durchzuführen haben würden.

Darum muß jetzt Widerstand geleistet werden. Darum sollen und müssen die Konsumgenossenschaften leben und lebenbringend für die Zukunft sein. Die Erkenntnis schafft sich Bahn, daß zur Rettung der Konsumgenossenschaftsbewegung alle erforderlichen Maßnahmen mit höchster Kraftanstrengung durchgeführt werden müssen. Was meist gar zu lange verabsäumt worden ist, muß nun zunächst geschehen. Die Mitglieder der Konsumvereine müssen, da es jetzt noch möglich und noch nicht zu spät ist, allenthalten sofort ihre Geschäftsanteile mindestens bis zur Höhe des Wochenlohnes eines gelernten Arbeiters heraussetzen. Daß das geschehe, dazu tue auch jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, Angestellter und Beamte sein Bestes.

Verwendung der arbeitsfreien Zeit. Die deutschen Gewerbaufsichtsberichte enthalten interessante Angaben über die arbeitsfreie Zeit des Proletariats. Die älteren verheirateten Arbeiter suchen sich, wie übereinstimmend berichtet wird, für die freie Zeit noch Arbeit als Nebenverdienst, teils arbeiten sie im eigenen Gemüße und Ackerland. Einen großen Umfang, besonders unter den jugendlichen Arbeitern, hat die Beteiligung am Sport genommen. Sie trägt nicht nur zur körperlichen Erfrischung bei, sondern drängt auch die reinen Vergnügungsvereine zurück. Selbst in den kleinsten Orten sind heute Arbeiter-Sportvereine. Weiter nimmt für viele Arbeiter die Betätigung in Gewerkschaften und Betriebsvertretungen viel Zeit in Anspruch. Sehr gelagert wird überall über die zunehmende Vergnügungssucht der jüngeren Leute beiderlei Geschlechts sowie über das mangelnde Interesse am Bildungswesen. Bildungsveranstaltungen werden meist vom bürgerlichen Mittelstand besucht. Die Arbeiter stellen fast immer einen nur ganz kleinen Bruchteil der Besucher. Am besten besucht werden von Arbeitern die von den Gewerkschaften veranstalteten populär-wissenschaftlichen Vorträge. Diese Tatsachen zeigen, daß im Proletariat nicht Interesseloselei herrscht, sondern daß der Proletarier weniger Wissen sucht als ein Hineinwachsen in seine Weltanschauung, wie die Gewerkschaften und die Parteien es bieten. Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß bei einer Betrachtung über die Ausnutzung der freien Zeit der Arbeiter die langen Wege zu berücksichtigen sind, die sehr viele Arbeiter täglich zweimal zurücklegen haben. Besonders in Gegenden mit rascher Industrialisierung legen die Arbeiter infolge der Woh-

nungsnot täglich oft recht bedeutsame Strecken zurück, die ihm ein gut Stück seiner freien Zeit nehmen. So arbeiten zum Beispiel von den Arbeitern im Landkreis Merleburg 18 653 außerhalb ihres Wohnortes. Und der Wohnort liegt entfernt: bei 3763 Arbeitern 3 bis 10 Kilometer, bei 10 770 Arbeitern bis 20 Kilometer, bei 435 Arbeitern über 30 Kilometer! Der Hin- und Rückweg zum Arbeitsort erfordert täglich entsprechend einteilung bis zu drei, bis zu vier und bis zu sechs und mehr Stunden. Bezüglich der Durchführung der Verordnungen über die Arbeitszeit hat man dieselben Erfahrungen gemacht: gute Beachtung der Vorschriften in den größeren und mittleren Betrieben und da, wo die Arbeiterschaft gut organisiert ist.

Volkshochschule Groß-Berlin. Der Arbeitsplan für die Herbst- und Winterlehrgänge ist soeben erschienen. Er gehört in die Hand jedes Kollegen und jeder Kollegin, denn die Bestrebungen der Volkshochschule kommen auch dem gewerkschaftlichen Streben der gesamten Arbeitnehmerschaft zugute. Je mehr der Horizont der Arbeitnehmerschaft sich weitet, desto rascher und zweckmäßiger wird sie die Probleme lösen können, vor die sie gestellt ist. Daß die Volkshochschule tatsächlich den Interessen der Arbeitnehmer dient; ist gewährleistet durch die entsprechende Mitwirkung von Vertretern der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung aller Richtungen im Vorstand und Ausschuß der Anstalt. Es ist daher notwendig, die Volkshochschule Groß-Berlin in den Kreisen der Arbeitnehmer nachdrücklich zu propagieren. Jeder Betriebsrat hat die Pflicht, den Betrieb mit den Plakaten und Arbeitsplänen der Volkshochschule ausgiebig zu belegen. Die Verteilung dieses Werbematerials erfolgt in den nächsten Tagen durch die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale. Die Bestellung von Hörerkarten erfolgt am besten geschlossen durch die Betriebsräte für den ganzen Betrieb, da dies eine Umengung von Wegen und Fahrgebl erparat. Es genügt in diesem Falle, Art und Zahl der gewünschten Karten der Geschäftsstelle der Volkshochschule Groß-Berlin telefonisch anzufagen. Die Geschäftsstelle (Georgenstraße 34/36 am Bahnhof Friedrichstraße) ist täglich von 8-3, Sonnabends von 8-2, Freitags von 8-6 Uhr geöffnet. Telefon: Zentrum 7591.

Emil Jöhler †.

In Stuttgart verstarb am 3. September einer unserer Alten, dessen Namen in der Geschichte der Buchbinderbewegung Deutschlands einen guten Klang hat. Emil Jöhler war, als unsere Organisation noch um ihre Existenz kämpfen mußte, einer, der in den vorbersten Reihen gesochten hat. Obwohl er der jüngeren Generation unseres Verbandes nicht mehr so bekannt sein wird, weil ihn seine Berufsgeschäfte von der Bewegung ferngehalten haben, war er bis zum letzten Atemzug ein treues anhängliches Mitglied. Er hat an dem Kampf der Kollegen- schaft und an ihrer sozialen Not immer regen Anteil genommen. Lange Jahre auch war Kollege Jöhler

Expedient unserer „Buchbinder-Zeitung“, ein Amt, das er ehrenamtlich verwaltete, lange Jahre auch Vorsitzender des Fachvereins Stuttgart und dann der erste Gauvorsitzer des Gaues Württemberg und Hohezoellern, als unser Verband sich seine heutige Gaueninteilung schuf. In Stuttgart leitete er ein Vierteljahrhundert die von ihm gegründete lokale Buchbindertrankenkasse im Nebenamt, die er pflegte wie ein Vater sein Kind.

Ihm zur Ehr, den Jungen zur Lehr werden wir ihm ein Denkmal in unserer Erinnerung setzen.
Zahlfelle Stuttgart.

Berichtigung.

In dem Bericht über die Beiratsstiftung in der letzten Nummer muß es auf Seite 233, Spalte 2, heißen:

„Eine längere Debatte entspinnt sich noch darüber, nicht schon bei der 5. Klasse die Invalidenbeiträge obligatorisch zu erheben.“ Durch einen Satzfehler ist das „nicht“ in dem Bericht fortgeblieben. Der aufmerksame Leser wird diesen Fehler sicherlich schon selbst entdeckt haben, da in dem nächsten Abschnitt ja ausdrücklich gesagt ist, daß der Invalidenbeitrag für die 5. bis 7. Klasse auf drei Mark festgesetzt wurde.

Abrechnung

vom 2. Quartal gingen weiter bis zum 25. September bei der Verbandskasse ein von
Neudamm 4355,— Mr., Torgau 1500,— Mr.,
Janau 20 650,— Mr., Mannheim-Ludwigshafen
12 084,— Mr., Götta 6 500,— Mr., Halle a. d. S.
38 234,— Mr., Werfburg —,— Mr., Nordhausen
3156,80 Mr., Reichenau 1 081,— Mr., Freiburg i. Br.
6500,— Mr.

Die Verwaltungen der Zahlstellen in Danzig, Erfurt, Almenau und Kaiserslautern haben die Abrechnung vom 2. Quartal immer noch nicht eingelefert.
Fr. Lender.

Adressenänderungen.

B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.

- Lorch-Schwab-Gmünd.** Alle Sendungen an: W. Kohler, Bocksgasse 21 I.
- Kirchheimbolanden.** B.: J. Christ, Dammensfelder Straße 17. K.: R. Wagner, Dammensfelder Straße 13.
- Mannheim-Ludwigshafen.** B.: M. Scheuring, Ludwigshafen a. Rh., Gellertstr. 48. K.: D. Stöckel, Mannheim, Schwefinger Str. 128, Hinterh. 5 Tr.
- Worms.** B. u. K.: W. Jordan, Humboldtstr. 8, parterre.
- Oesterreich.** Verein der Buchbinder usw. Oesterreichs, Wien I, Ebendorfer Str. 7, I. Stock.
- Tschechoslowakei.** Verband der Buchbindergehilfen, Prag I, Bartolomejstra 14 IV. Sekretariat: Brünn, Latgasse 9.

Erwerbslosen-Zuschußkasse für Buchbinder und Papierverarbeiter zu Berlin.

Voranzeige.

Freitag, den 20. Oktober, findet eine außerordentliche Generalversammlung statt, welche sich in erster Linie mit einem Antrag des Vorstandes auf Erhöhung des Beitrages und damit im Zusammenhang mit einer Erweiterung der Unterstützungssätze befassen soll. Alles Weitere wird später bekanntgegeben.
Einwache Urträge aus Mitgliederkreisen müssen spätestens bis 14. Oktober in den Händen des Unterzeichnerten sein.
Des Weiteren machen wir darauf aufmerksam, daß die Zahlstelle Reimelt, Esaltiger Str. 105, aufgehoben und selbstig nach dem Lokal Eugen Lieblich, Esaltiger Str. 140, — welche gleichzeitig auch Verbandszahlstelle — verlegt worden ist.

Der Vorstand.

H. A.: Paul Herzog, Berlin-Marlendorf, Kaiserstr. 144.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse

Frauen und Mädchen Deutschlands.
(Zuschußkassen) Sitz Offenbach a. M., gegr. 1834.
Frauen und Mädchen aller Stände können sich gegen Krankheit und Sterbefall versichern.
Die Aufnahme kann ohne ärztliche Untersuchung erfolgen.
Das Eintrittsgeld beträgt im Alter von 14-16 Jahren 1,50 Mr., von 16-45 Jahren 2,50 Mr.
Wöchentliche Beitrag 1,50, 2,50, 3,50 und 4,50 Mr.
Wöchentliches Krankengeld 22,50, 37,50, 52,50, 67,50 Mr.
Der Beitritt ist allen Arbeiterinnen und Hausfrauen aufs wärmste zu empfehlen.
Alles weitere durch den Zentralvorstand in Offenbach a. M., Herrustraße 16, III.
J. A.: Ludwig Dönges.

Grüne u. blaue Buchbindererschürzen
in Buchbinderkreisen seit 1 Jahr anerkannte Qualität liefert m. Hand oder Reite Gr 80/100 80/110, 80/120 sowie Arbeitsjoppen- und Hütel in schwarzgeleitet. (Hast daran) und Indigoblau zum jeweiligen Tagespreis abzugeben.
A. C. Volz
Fabrikation u. Verurselung.
Stuttgart, Wollstr. 77
Tel. 2555.
N. B.: Tägl. zahlreiche Anerkennungschr. b. m. Handichalt

MEGO
Trocken-Kleber, kaltwasserlöslich, formbar
Kleistermehl für alle Buchbinderarbeiten
Mechler & Co., G. m. b. H.
Abt. Chem. Fabrik
Mannheim — Industriehafen.
Bei Anfragen Vorwandzweck angeben.

Tüchtig. Buchbinder
zum Zuschneiden für die Papierverarbeitung und Kartonnagenfabrik für dauernd gesucht.
Angebote unter Beifügung v. Zeugnisausschnitten an
Carl Ph. Schmidt, Kaiserslautern
Papierverarbeitungsverl.

LEIM
Leder-, Knochen-, Mischleim
Fordern Sie Offerte m. Gratismustern ein
Marcus Lissauer, Hamburg 15
Abt. Leimindustrie — Idastraße 11/13.

Tüchtiger Goldschneidmacher
für dauernde Beschäftigung und sofortigen Eintritt gesucht. Stunden- oder Akkordlohn nach Tarif.
Buch- und Kunstverlag Carl Hirsch, H.-G., Konigsau (Baden)
Goldbronze,
Aluminiumbronze läuft stets jeden Rest- und Lagerposten
G. Winkler, Adr.-Schreiberhan (Riefengeb.), Kirchstraße 15.
Anzeigen finden nur Aufnahme, wenn der Betrag vorher eingelandt ist.